

PARAGRAF 48b IM SGB VIII VERHINDERN!

Unsere Arbeit ist in Gefahr. Und die aller anderen Träger der Jugendarbeit auch. Wir wollen versuchen, mit Eurer Hilfe den neuen Paragraf 48b im SGB VIII (Achstes Buch des Sozialgesetzbuches) zu verhindern. Der Paragraf 48b ist nur noch durch das Parlament und die Bundesländer im Bundesrat zu stoppen. Deswegen könnt ihr folgendes tun:

- Euer Jugendamt auf das Problem und den großen Mehraufwand auch für die Behörde hinweisen. Dabei solltet ihr auch den Jugendhilfeausschuss informieren. Das Argumentationspapier soll dabei helfen.
- Auf die Wahlkreisabgeordneten zugehen und auf das Problem hinweisen – idealerweise gemeinsam mit dem Jugendamt: Ihr könnt den Text aus den ARGUMENTE dazu als Vorlage nutzen (für Briefe, Mails etc.)
- Jene, die euch Räume zur Verfügung stellen, für das Problem sensibilisieren.

Zeit bleibt uns kaum. In der Woche vom 24. bis 28. April könnte der Bundestag zum ersten Mal beraten. Spätestens zwischen dem 26. und 30. Juni wird das Gesetz verabschiedet. Gezielt wollen und werden wir gemeinsam mit einigen von Euch an einflussreiche Politiker_innen in den Regierungsfractionen von CDU und SPD herantreten, etwa:

- Katharina Barley (WK 204, Trier), SPD-Generalsekretärin
- Thomas Oppermann (WK 53, Göttingen), SPD-Fraktionsvorsitzender
- Hubertus Heil (WK 45, Gifhorn, Peine), stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender
- Eva Högl (WK 75, Berlin-Mitte), stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende
- Carola Reimann (WK 50, Braunschweig), stellv. Fraktions-Geschäftsführerin, zuständig u.a. Jugend
- Peter Tauber (WK 175, Main-Kinzig, Wetterau, Schotten), CDU-Generalsekretär
- Volker Kauder (WK 285 Rottweil, Tuttlingen), CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender
- Gerda Hasselfeld (WK216, Fürstfeldbruck), stellv. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende
- Nadine Schön (WK 298, St. Wendel), stellv. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende
- Peter Altmaier (WK 297, Saarlouis), Bundesminister

Hilfreich ist, wenn auf die Staatskanzleien der Bundesländer ebenfalls Einfluss genommen wird, denn auch der Bundesrat muss Stellung nehmen und letztendlich zum Abschluss des Verfahrens entscheiden, ob er dem Gesetz zustimmt oder nicht

Bei Fragen:

Christian Weis, 030/40040-414, grundlagenarbeit@dbjr.de

Michael Scholl, 030/40040-412, medien@dbjr.de